

RESOLUTION

der Marktgemeinde Teesdorf
(Beschluss in der Gemeinderatssitzung vom 15.12.2004)

Betreffend die drohende Schließung zahlreicher Postämter in Niederösterreich

Die in den letzten Tagen bekannt gewordene Absicht der Post AG – welche zu hundert Prozent im Eigentum des Bundes steht – in Österreich voraussichtlich hunderte Filialen der derzeit 1640 Postfilialen zu schließen, hat in der Bevölkerung enormen Unmut ausgelöst.

Eine Liste der von einer Schließung betroffenen Postfilialen in Niederösterreich wurde – anders als in Oberösterreich und Vorarlberg – der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich gemacht.

Die Post AG begründet die Notwendigkeit zur Schließung jeder vierten Filiale in Österreich mit den Vorgaben durch die Post-Universaldienstverordnung, welche eine „ausreichende Versorgung“ der Bevölkerung vorschreibt, sowie damit, dass sie als Kapitalgesellschaft gewinnorientiert arbeiten müsse, und um die Dividendenvorgabe durch die Bundesregierung zu erfüllen.

Sollten die beschriebenen Pläne tatsächlich umgesetzt werden, würde dies nicht nur eine weitere Schwächung des ländlichen Raumes in Niederösterreich bedeuten, sondern auch die betroffene Bevölkerung vor die Tatsache stellen, dass kilometerlange Anreisen notwendig würden, die nächstgelegene Postfiliale zu erreichen und viele Postmitarbeiter vom Arbeitsplatzverlust bedroht sein.

Auch die im Zusammenhang mit den Postfilialschließungen bekannt gegebene Absicht, hinkünftig verstärkt mit Post-Partnern zusammenzuarbeiten, erscheint als Ersatz für die bisherigen Leistungen unzureichend, besonders da derzeit lediglich 35 Greißler, kleine Supermärkte oder Bäcker mit der Post AG Verträge abgeschlossen haben und diese auch nur spezielle Postdienste anbieten.

Eine umfassende Versorgung mit Postdienstleistungen muss daher in Zukunft gewährleistet sein.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Teesdorf stellt daher den

A N T R A G

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alles nötige zu veranlassen um die Schließung von Postämtern in Nö zu vermeiden und erforderlichenfalls eine Änderung der Post-Universaldienstverordnung zu erlassen, damit auch in Zukunft eine umfassende Versorgung mit Postdienstleistungen gewährleistet ist.